

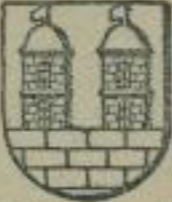
# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie mit Ausnahm der Gew- und Festtag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Einlieferung monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder zufragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Die Postämter und Poststellen sowie unsere Mitglieder und Geschäftsstelle nehmen bezogen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Empfänger kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Tagespreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6-spaltige Normalzeile oder deren Raum, 2.50 Mk. für 10 Zeilen, 4.00 Mk. für 20 Zeilen, 6.00 Mk. für 30 Zeilen, 8.00 Mk. für 40 Zeilen, 10.00 Mk. für 50 Zeilen, 12.00 Mk. für 60 Zeilen, 14.00 Mk. für 70 Zeilen, 16.00 Mk. für 80 Zeilen, 18.00 Mk. für 90 Zeilen, 20.00 Mk. für 100 Zeilen. Für die Abgabe der Druckarbeiten ist der Auftraggeber verantwortlich. Die Druckarbeiten sind bis zum 10. Uhr des Vormittags zu liefern. Die Druckarbeiten sind bis zum 10. Uhr des Vormittags zu liefern. Die Druckarbeiten sind bis zum 10. Uhr des Vormittags zu liefern.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 14.

Dienstag den 18. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Arnold in Lampersdorf ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrbezirk wird deshalb abermals die Gemeinde Lampersdorf bestimmt.

Das Beobachtungsgebiet bilden die bereits bekanntgegebenen umliegenden 1. 3t. seuchenfreien Gemeinden.

Erlöschen ist die Seuche in Burghardiswalde, Gühndorf und Weistroppe. Borgenannte Gemeinden und Gutsbezirk Weistroppe werden nunmehr unter Beobachtung gestellt.

Reichen, am 16. Januar 1921.

Nr. 62 a V. Die Amtshauptmannschaft.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die neuen Vereinbarungen über die Erhöhung der Beamtengehälter bedeuten eine Erhöhung der ursprünglich vorgesehenen Aufwendungen von 2,8 Milliarden Mark um 1.000.000 Mark, also eine Gesamtbelastung des Reichshaushalts mit 3,7 Milliarden Mark.

\* Die Deutsche Volkspartei regt an, die Frage der Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volksentscheid zu lösen.

\* Raoul Peret hat den Auftrag der Bildung des neuen französischen Ministeriums angenommen.

\* In Mexiko ist ein bewaffneter Aufstand gegen die Regierung niedergeschlagen worden.

### Wieder Schwarz-Weiß-Rot?

Die deutsche Volkspartei tritt mit einer Anregung hervor, von der man wohl sagen muß, daß sie seit langem schon gewissermaßen in der Luft gelegen hat. Sie will den Versuch machen, den Streit um die Reichsflagge, der durch die Bestimmung der Verfassung offensichtlich noch nicht beigelegt ist, im Interesse des inneren Friedens und der Geschlossenheit unseres Volkes endgültig aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zweck hat sie bei den anderen Regierungsparteien, also bei Zentrum und Demokraten angeregt, die Entscheidung der Frage der Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volksentscheid herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammentritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Mancher Deutsche wird verwundert den Kopf heben, wenn hier plötzlich Worte des Friedens und der Versöhnung an sein Ohr schlagen. Man ist in dieser Beziehung wahrheitsgemäß nicht verwöhnt. Alles scheint nach Kampf, alles dreht sich wieder um Streit und Gezänk. Wird nicht die Anregung der Deutschen Volkspartei auch als bald wieder durch den Lärm des Tages, durch das laute Geschrei der Parteitagitation erstickt werden? Versuchen wir sie, solange es noch möglich ist, einer ruhigen Würdigung zu unterziehen, so muß der Ausgangspunkt des Vorgehens als richtig angesehen werden. Es ist richtig, daß die Flaggenfrage für das deutsche Volk trotz der Bestimmungen der Weimarer Verfassung nicht endgültig entschieden ist. Man erinnert sich noch der heißen Kämpfe, die der letzten Entscheidung der Nationalversammlung vorangingen. Die Demokraten glaubten, die schwarz-rot-goldene Farbe nicht ablehnen zu können, die in ihrer Parteiliteratur eine geheiligte Rolle spielte, und da die radikale Linke keine Möglichkeit sah, die von ihr geforderte rote Fahne zum Symbol des deutschen Reiches zu erheben zu sehen, blieben die Anhänger der alten Reichsflagge, die Rechte und das Zentrum in der Minderheit. Man bemühte sich bei dem Kompromiß für die Handelsflagge, für die die alte Reichsflagge beibehalten wurde, jedoch mit einem Zusatz, der auf die veränderte Reichsflagge hinweisen sollte, und glaubte, damit seine Sache gut gemacht zu haben.

Indessen stellte sich in der Öffentlichkeit bald heraus, daß die neue Farbe nirgends rechten Anklang fand. So einmal in den letzten Jahren, seit Überwindung der alten Reichsverfassung Gelegenheit zum Flaggen gegeben war, sah man wohl rote und schwarz-weiß-rote Fahnen im Winde wehen, aber die schwarz-rot-goldene Farbe war weit und breit nicht zu entdecken, aber spielte jedenfalls eine recht nebensächliche Rolle. Schlimm ist höchstens, daß Herr Dr. Kapp, als er, angeblich zum Schutze der Weimarer Verfassung, den Märzputsch inszenierte, von sich aus die Farben Schwarz-Weiß-Rot wieder in ihre früheren Rechte einzusetzen versuchte, und daß seitdem die Fahnenfrage einen besonderen Beigeschmack behalten hat. Aber man erinnert sich, daß trotzdem bisher gerade von demokratischer Seite in dieser Frage zur Verständigung getreten wurde, weil es keinen Sinn habe, diesen ungeliebten Streit um ein Symbol im deutschen Volke endlos weiterzuführen. Und soll die Angelegenheit nicht auf dem gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung, sondern durch einen Volksentscheid ein für allemal geregelt werden, so kann eigentlich auch die radikale Linke gegen diesen Vorschlag keinen begründeten Einwand erheben. Die Rechts- und Sozialdemokraten werden wohl Bedenken tragen, sich auf einen so unbedingten Standpunkt zu stellen. Möglicherweise gehen sie nicht an der Möglichkeit vorbei, durch Zustimmung zu der Anregung der Deutschen Volkspartei die innere Annäherung rechtsstehender Kreise an die neue Verfassung der Dinge und die wesentlichsten Grundzüge der Weimarer Verfassung zu erleichtern. Die Sozialdemokraten haben früher in Gewissensfragen immer sehr weiche Grundzüge vertreten, ganz gewiß nicht zum Schade

der ihrer Parteinteressen. Die Tatsache, daß sie jetzt nicht mehr den äußersten linken Flügel unserer parlamentarischen Frontstellung bilden, ist ja kein Grund, in diesem Punkte ihrer guten alten Überlieferung nicht treu zu bleiben.

Aber einwollen kann natürlich niemand wissen, welches Schicksal dem Vorschlage der Deutschen Volkspartei beschieden sein wird.

### Fünfzig Jahre Deutsches Reich.

1871 — 18. Januar — 1921.

Versailles! Trauer erfüllt das Herz jedes Vaterlandsfreundes, zu welcher Partei er sich auch bekennen mag, wenn ihm heute dieser Name ins Ohr klingt, der Name der prunkvollen alten Bourbonenresidenz, in der in den Januartagen des Jahres 1920 das Deutsche Reich durch einen Friedensschluß, der ein politisches Todesurteil bedeutete, dem Untergange nahegebracht wurde, das selbe Deutsche Reich, das 49 Jahre vorher in diesem selben Versailles aus langem Dornroschenschlaf zu neuer Frucht und Herrlichkeit erstanden war und zu glorreicher Einheit von unvergänglicher Dauer zusammengekehrt worden ist. Jetzt, wo sich der Jahrestag der Reichsgründung zum fünfzigsten Male nähert, können wir, rücksehend, nur mit Wehmut der glänzenden Vergangenheit gedenken und nur in des Herzens tiefsten Schächten die Hoffnung hegen, daß einst vielleicht für das in grausamer Weise gedemütigte und erniedrigte Reich, das jetzt nur ein Torso ist, nach langen, trüben Wintertagen ein neuer Blütenfrühling, ein zweiter Auferstehungstag kommen wird. Der große Gedanke der Reichsgründung aber sei uns Anlaß, noch einmal an unserem geistigen Auge historisch-Gewordenes vorüberziehen zu lassen, noch einmal uns an einem der erhabensten Bilder aus deutscher Vergangenheit aufzurichten.

Militärisch einzig war ganz Deutschland 1870 gegen Frankreich in den Krieg gezogen; politisch einzig sollte es daraus zurückkehren. Das war der Gedanke, der seit den ersten Siegen alle wahrhaft deutschen Männer durchdrang. Von dem Tage des „Gottesgerichts“ von Sedan an stand es für die Volkseele unüberwindlich fest, daß der Siegespreis ein neues Deutsches Reich sein müsse. Verhandlungen mit den Süddeutschen Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Ende September 1870 eingeleitet worden waren, wurden bald nach Versailles, wo sich das Hauptquartier befand, verlegt und Mitte November zu Ende geführt. Obwohl durch gewisse Reservatrechte der Kleinstaaterei noch immer wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, wurde durch die Versailler Verträge doch ein einiges Deutsches Reich geschaffen. Im Dezember schon genehmigten der Norddeutsche Reichstag und die Landtage von Baden, Hessen und Württemberg die Verträge, während Bayern erst am 21. Januar 1871 folgte. In Versailles hatte man aber die Zustimmung des bayerischen Landtages als sicher angenommen und das „Deutsche Reich“ schon mit dem 1. Januar in Kraft treten lassen. Die Kaiserproklamation, die ursprünglich für denselben Tag angesetzt war, wurde mit Rücksicht auf Bayern hinausgeschoben, schließlich aber doch noch vor dem bayerischen Landtagsbeschluss abgelesen.

Die Wiederherstellung des Kaiserthums, die der Ausdruck der vollzogenen Einigung sein sollte, fand bei den leitenden Persönlichkeiten durchaus nicht ungeteilte Zustimmung, am allerwenigsten bei dem greisen König von Preußen, für den die neue Würde bestimmt war. Langsam und unter harten Kämpfen brach aber Bismarck den Widerstand des Königs, der, wenn er je „das Opfer bringen mußte“, die Kaiserkrone nur aus den Händen der Fürsten, nicht der Volksvertretungen entgegennehmen wollte. Nachdem schon am 6. Dezember 1870 der norddeutsche Reichstag beschlossen hatte, die Titel „Deutsches Reich“ und „Deutscher Kaiser“ in die Verfassung einzusetzen, erschien am 18. Dezember in Versailles das von Simon geführte Reichstagspräsidium, um an den König die Bitte zu richten, er möge die ihm von den Fürsten angetragene Kaiserwürde annehmen. Am 18. Januar, dem Jahrestag der Krönung des ersten Königs von Preußen, fand dann die Kaiserproklamation statt. In letzter Stunde, am Vorabend des festlichen Tages, erhob sich noch einmal der Widerstand des Königs. Er wollte nicht „Deutscher Kaiser“, sondern „Kaiser von Deutschland“ heißen, obwohl diese Fassung staatsrechtlich nicht zulässig war. Der König nahm es sehr ungnädig auf, daß Bismarck bei den Verhandlungen die Titelfrage eigenmächtig entschieden hatte, und verteilte dem Baumeister des Reiches, wie dieser selbst erzählt, bei der Feierlichkeit sogar den Händedruck. In der „Galerie des Alcees“, dem großen Saal des

saal des Versailler Schlosses, verlas dann König Wilhelm um die Mittagsstunde des 18. Januar die Urkunde über die Wiederaufrichtung der deutschen Kaiserwürde, worauf Bismarck den Ausruf „An das deutsche Volk“ zur Verlesung brachte. Der Schlußsatz dieses Ausrufs lautete: „Uns und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Wehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.“

In diesem Zeichen ist Deutschland dann zu ungeahnter Größe emporgewachsen, als auf die Festtage Werttage und auf die Zeit der Erhebung eine Zeit enger, mühter Arbeit folgte. In diesem Friedenszeichen wird es, das sind wir gewiß, dereinst wieder siegen und das, was ein barbarischer Krieg ihm genommen, in friedlichen, nicht kriegerischen Eroberungen zurückgewinnen.

### Für die Kinder Mitteleuropas.

Die amerikanische Hilfe.

Die erste große Veranstaltung der von dem früheren amerikanischen Ernährungsminister der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, organisierten Hilfsaktion für die notleidenden Kinder in Mitteleuropa hat in New-York stattgefunden. Sie bestand in einem Feste im Metropolitan-Opernhaus und brachte einen bedeutenden Betrag. Sammlungen, die unter den die weiten Räume des Opernhauses bis auf den letzten Platz füllenden Anwesenden veranstaltet wurden, ergaben sehr beträchtliche Summen in Bargeld und Scheids. Dazu kamen erhebliche Beträge, die von Männern der Geldaristokratie in Höhe von 612.000 Dollar gesammelt wurden. Hoover beabsichtigt, seinen Hilfsfonds auf 33 Millionen Dollar (nach heutigem Kurs etwa 2 1/2 Milliarden deutsche Mark) zu bringen.

Zahlreiche gemeinnützige Organisationen Nordamerikas haben Hoover ihre Mitarbeit zugesagt. Ihre Vertreter bilden den Ausschuss, der unter Hoovers Vorsitz die gesamte Hilfsaktion leitet. In gleicher Richtung mit den rein amerikanischen Organisationen wirken die Verbände der Deutschamerikaner, die Gefangs- und Gefälligkeitsvereine, die landwirtschaftlichen Vereinigungen, die deutschen Logen der Freimaurer usw. Es ist also eine gewaltige Organisation geschaffen worden, um die private Hilfsaktion Amerikas zugunsten des europäischen Kinderelends zu mobilisieren. Nach Schätzungen gibt es in den Ländern Mitteleuropas zurzeit etwa 3.500.000 Kinder, die bis zur Einbringung der nächsten Ernte vor weiteren Entbehrungen geschützt werden müssen. „Das Leben dieser Kinder hängt heute“, so führte Hoover in seiner Eröffnungsansprache im Metropolitan Opera House aus, „davon ab, daß 17.000 Waisenhäuser, Hospitäler, Almsitten und öffentliche Küchen, die von amerikanischen Beiträgen unterhalten würden, ihre hilfreiche Tätigkeit ununterbrochen fortsetzen könnten.“ Für Nahrungsmittel und Kleidung seien 23 Millionen Dollars, für Medikamente und ärztliche Hilfe weitere 10 Millionen Dollars nötig. Alle Klassen der amerikanischen Bevölkerung müßten dazu beitragen, daß diese Kosten aufgebracht würden. Wodurch eine politische, noch um Massen-, noch Konfessionsfrage handle es sich hier, sondern um ein Werk der Menschlichkeit und Nächstenliebe.

### Der Fragebogen der Entente.

Deutschlands Antwort.

Der bekannte Fragebogen der Entente mit seinen 41 Punkten ist inzwischen von der Reichsregierung ausführlich und restlos beantwortet worden. Nachstehend geben wir den Hauptinhalt der deutschen Antwort wieder.

Zu Frage 1 und 2: Wie stellt sich die deutsche Regierung zur Frage der Papiergeldausgabe? Welche Maßnahme gedenkt sie gegen eine weitere Vermehrung des Papiergeldes zu ergreifen? Wie stellt sich die deutsche Regierung zur Frage der schwebenden Schuld? führt die Antwort der deutschen Regierung aus: Eine gewisse Hemmung des Anwachsens des Papiergeldumlaufs — bezogen auf die bisherige Vermehrung des Papiergeldumlaufs um monatlich annähernd 2 1/2 Milliarden Mark eine Zeitlang erheblich unter diese Summe herabgedrückt wird — wird erhofft, von der nunmehr nach Durchführung der Neuorganisation der Steuerbehörden in stärkerem Maße befindlichen Eingliederung der neuen Steuern. Die Politik der deutschen Regierung in bezug auf die schwebende Schuld und die Ausgabe von Noten geht dahin, das Anwachsen durch strengste Sparmaßnahmen in den Ausgaben und schärfste Anspannung der Steuern aufzuhalten.